

ZEICHENERKLÄRUNG

- FESTSETZUNGEN GEM. PLANZEICHENVERORDNUNG -
(Bundesbaugesetz vom 18.8.1976 und Baunutzungsverordnung vom 15.9.1977)
Bescheinigungsnovelle zum BBauG vom 6.7.1979

Maß der baulichen Nutzung
Zahl der Vollgeschosse

Je Garten ist nur eine Gartenlaube (Gebäude) innerhalb der überbaubaren Fläche zulässig. Die Grundfläche (GR) der Gartenlaube (bauliche Anlage) wird auf maximal 35qm begrenzt, jedoch darf der geschlossene Baukörper die GR von 25qm nicht überschreiten.

Baugrenze

Grünflächen

öffentl. Grünflächen **Ö**
Dauerkleingärten

Sonstige Darstellungen und Festsetzungen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Auf der mit V gekennzeichneten überbaubaren Fläche dürfen keine Gartenlauben, sondern nur ein Vereinshaus errichtet werden. Hier sind die Grundflächenbeschränkungen nicht anzuwenden.

Begrenzung der Fläche für:

Festwiese
Kinderspielplatz
Stellplätze

Zu erhaltende Bäume (gem § 9 (1) Nr. 25b BBauG)

Verkehrsfläche

Straßenverkehrsfläche
öffentl. Parkfläche
Straßenbegrenzungslinie

Mit Leistungsrecht zu Gunsten des jeweiligen Ver- und Entsorgungsträgers zu belastende Fläche

Flächen für Bahnanlagen

Freizuhaltende Sichtfelder (Straße)

Im Sichtfeld sind bauliche Anlagen, Einfriedigungen sowie Bäume, Sträucher und Stauden unzulässig, wenn sie höher als 80cm über die Fahrbahnkante hinausragen.

Freizuhaltende Sichtfelder (Eisenbahn)

Im Sichtfeld sind bauliche Anlagen, Einfriedigungen sowie Bäume, Sträucher und Stauden unzulässig, wenn sie höher als 100cm über Oberkante Schiene hinausragen.

Textliche Festsetzungen

Im gesamten Planbereich außer Flächen für Festwiese, Kinderspielplatz und Vereinshaus dürfen Anlagen gemäß § 12 BauNVO (Stellplätze und Garagen) und gemäß § 14 BauNVO (Nebenanlagen: außer Kaninchenställen, Volieren, Hundezwinger, Wasserbecken, gemauerten Kompostbehältern und Sickergruben) nicht errichtet werden.

Hinweise

Grundlage für die geodätische Übertragbarkeit des Planes ist der Staßenausbauplan des Tiefbauamtes, der auf Grundlage der geometrisch errechneten Trassenwerte der Vermessungsabteilung aufgestellt ist.

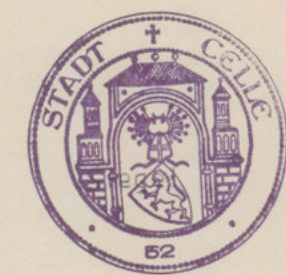
Die Winkelangaben erfolgen in "Altgrad"

Präambel

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i. d. F. vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch Beschl.-Novelle vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949), und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) i. d. F. vom 18.10.1977 (Nds. GVBl. S. 497), zuletzt geändert durch 7. Gesetz vom 18.10.1980 (Nds. GVBl. S. 385) hat der Rat der Stadt Celle diesen Bebauungsplan Nr. 79 I.T. bestehend aus der Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Celle, den 22.04.1982

H. Wiedemann
Oberbürgermeister



mini
Oberstadtdirektor

Bescheinigung über die Richtigkeit der Vermessungsgrundlage:

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 11.5.1977). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Celle, den 12.12.78

Amt für Sanierung, Vermessung und Bauförderung

Vermessungsoberrat

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Celle, den 05.03.1982



Wiedemann
Öffentlich best. Vermessungsing.

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Rat der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 29.03.1979 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 I.T. beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BBauG am 02.04.1979 ortsüblich bekanntgemacht.

mini
Oberstadtdirektor

AUSGEARBEITET

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet im Amt für Stadtplanung, Stadtvermessung und Bauaufsicht, Abt. Stadtplanung.

Celle, den 05.10.1981

H.
Lfd. Baudirektor

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Rat der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 26.11.1981 dem Entwurf des Bebauungsplanes zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 2a Abs. 6 BBauG beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 5.12.1981 ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 15.12.1981 bis 20.01.1982 gemäß § 2a Abs. 6 BBauG öffentlich ausgelegt.

Celle, den 22.04.1982



mini
Oberstadtdirektor

SATZUNGSBESCHLUSS

Der Rat der Stadt Celle hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 2a Abs. 6 BBauG in seiner Sitzung am 25.03.1982 als Satzung (§ 10 BBauG) sowie die Begründung beschlossen.

Celle, den 22.04.1982



mini
Oberstadtdirektor

GENEHMIGUNG

Genehmigt gemäß Verfügung vom heutigen Tage 309-2/102-CL/199 mit Auftragszeichen 25.5.1982 Lüneburg, den 25.5.1982 Bezirksregierung Lüneburg im Auftrage



BEKANNTMACHUNG

Die Genehmigung des Bebauungsplanes ist gemäß § 12 BBauG am 29.06.82 im Amtsblatt für den Landkreis Celle bekanntgemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am 29.06.82 rechtsverbindlich geworden.

Celle, den 06.07.82



mini
Oberstadtdirektor

BEBAUUNGSPLAN

NR. 79 I.T.

DER STADT CELLE

"KLEINGARTENGEBIET

KARRENWEG"

PLANURKUNDE

Stadtbauamt / Stadtplanung

M.1: 1000